

Der Grüne Landwirtschaftsminister Baden-Württembergs, der Grüne Oberbürgermeister Tübingens und der SPD-Bürgermeister der Gemeinde Schondorf wollten am 15. April 2014 den Abschluss eines Pachtvertrags feiern und damit der Errichtung von 6 über 200m hohen Schwachwindanlagen im alten Bundeswehrdepot und dem angrenzenden Wald den Weg ebnen.

Nicht gerechnet hatten sie mit dem lautstarken Protest gut informierter und engagierter Bürger. Diese Bürger waren nicht gewillt, die ökologisch und ökonomisch irrsinnigen Pläne hinzunehmen und die Propaganda unwidersprochen im Raum bzw. im Wald stehen zu lassen.

Nachdem sich Boris Palmer und Alexander Bonde sich zugestanden hatten, näherten Sie sich den Bürgern. Allerdings weniger auf der Suche nach Austausch und im Werben um Verständnis, sondern vielmehr in der Absicht, ihre gefühlte moralische Überlegenheit und ihre Geringschätzung für Mensch und Natur zu manifestieren.



Boris Palmer im Gespräch mit Windkraftgegner

Boris Palmer, OB Tübingens:

“Wir sind seit 30 Jahren für Windräder. Da glaubt Ihr wohl nicht wirklich, dass wir jetzt dagegen sind, nur weil sie in den Wald kommen sollen...“

Wenn da ein paar Greifvögel sterben macht das gar nichts. Das sind Individuen, die haben dann halt Pech gehabt. Solange die Population überlebt ist das in Ordnung.“

Nachfrage eines Bürgers:

“Wenn aber erstmal 200.000 Anlagen gebaut sind und jede, nur ein paar Individuen‘ dahinrafft, summiert sich das. Wie können Sie da eine Gefährdung von Populationen ausschließen?“

Antwort Boris Palmer:

“Ich wünschte, wir bekämen 200.000 Windkraftanlagen. Leider werden wir das nicht ganz schaffen.“

Erwiderung des Bürgers:

“Wenn Sie sich ein Land wünschen, das mit 200.000 Windkraftanlagen zugestellt ist, sind Sie unwählbar.“

Antwort Boris Palmer:

“Wenn Sie mich nicht wählen, brauche ich auch nicht mit Ihnen reden.“

Die Stadtwerke Schorndorf, Tübingen, Fellbach und Göppingen wollen am ehemaligen Bundeswehrdepot in Wangen und im angrenzenden Wald einen Windpark mit sechs Wind-

kraftanlagen (WKA) bauen. Im Schurwald wird alle 3 km ein Windpark geplant.

Die Unterberkener Bürger wurden 2012 zu einer sogenannten Bürgerbefragung eingeladen. Im Losverfahren wurden 1000 Bürger ausgewählt und von der Stadtverwaltung über die Planungen nachweislich falsch informiert. Mit unrealistischen Fotomontagen und falscher Anzahl der WKA wurden die Bürger für die Planungen eingeschworen und stimmten am Ende zu.

Nachdem sich die Beteiligten selbst informiert haben und die Gesamtplanung der Region Stuttgart nun kennen, sind sie äußerst aufgebracht. Sie haben auch erkannt, dass entgegen den Aussagen Wald gerodet werden muss. 3 WKA passen auf das Gelände im Depot, die weiteren WKA stehen im Wald.

Oberberken, Unterberken und Adelberg wird buchstäblich von Windparks umzingelt. Die Betroffenen haben deshalb die Bürgerinitiative www.BI-Berken.de gegründet und sich unserem Verein Mensch Natur angeschlossen.



Alexander Bonde im Gespräch mit Windkraftgegner

Obwohl die Regionalplanteilfortschreibung für Windenergie der Region Stuttgart noch nicht von dem Regionalparlament genehmigt wurde (dies soll erst im Oktober stattfinden) und die naturschutzrechtlichen Fragen nicht geklärt sind, überreichte der Besitzer des Gebietes, Minister Bonde, den Gestattungsvertrag im Auftrag des Forst BW den Stadtwerken

Der Gestattungsvertrag wurde im Vorfeld für 20 Jahre abgeschlossen und gestattet den Stadtwerken, Windkraftanlagen und die notwendige Infrastruktur für 20 Jahre zu betreiben. Ein Rücktrittsrecht ist eingeräumt, falls die immissionsschutzrechtliche Genehmigung nicht erteilt wird.

Hier fragt man sich, warum der 2. Schritt vor dem ersten getan wird. Es ist bekannt dass in diesem Areal, Milane, Fledermäuse und Schwarzspechte zuhause sind.

Das immissionsschutzrechtliche Verfahren bzw. das Baugenehmigungsverfahren inklusive des Teilfortschreibungsverfahrens des Regionalplans durch die Region Stuttgart wird damit zur Farce. Es scheint, die Bürger sollen zunächst beruhigt und dann über den Tisch gezogen werden.

Zudem sind die im Windenergieatlas BW angegebene Werte grenzwertig. Es ist bekannt dass der Windenergieatlas die Windhöffigkeit schön. In Messkirch am Bodensee und in Gailingen, im Hegau, sind Abweichungen nach unten von nahezu 40 % festgestellt worden.

Allerdings wird dem Wunsch nach Windmessung bei der Abwägung der öffentlichen Belange nicht entsprochen. In Eschach, im Ostalbkreis, wollte das Landratsamt Aalen die Genehmigung eines Windpark wegen zu wenig Wind ableh-

nen und forderte eine Windmessung. Herr Untersteller hat daraufhin das Landratsamt per Weisung aufgefordert den Windpark trotzdem zu genehmigen. Begründet wurde dies mit einem vom TÜV Süd hochgerechneten Windgutachten.

Die Stadtwerke Schorndorf messen zwar den Wind mit einem Lidar-Windmessgerät, welches sie gemeinsam mit den Stadtwerken Fellbach für 180.000,- € gekauft haben. Dieses Gerät ist jedoch nicht zertifiziert.

Die Bürger forderten von der Stadt Schorndorf, dass die Messwerte monatlich veröffentlicht werden. Diese Forderung wurde abgelehnt.



Die Protestaktion im Depot organisierte der Verein Mensch Natur gemeinsam mit der BI-Berken. Befreundete BI, die sich an diesem Dienstagnachmittag Zeit nehmen konnten, haben die Aktion ebenfalls unterstützt.

Eine Bürgerin beschreibt ihren persönlichen Eindruck so:
„Wäre die Veranstaltung am Samstag oder am späten Nachmittag gewesen, wären sicherlich weitere BI dabei gewesen und viele betroffene Bürger mehr. Aber, wie sagte Herr OB Klopfer so schön, der Sektempfang war nicht für die Bürger bzw. BI gedacht. Die Herren wollten unter sich sein.“

Der Gesamteindruck, den die Politiker hinterlassen haben, war entsetzlich. Es wurden Fakten geleugnet und die Ängste der Bürger ignoriert. Sprüche von Herrn Palmer: „Wenn ihr keine Atomkraft wollt, müsst Ihr die Kröte schlucken, jetzt seid ihr dran. Die an einem Atomkraftwerk wohnenden Bürger müssen dies auch aushalten.“

Die Rigorosität, mit der mit Bürgerrechten umgegangen wird, zeigt die Übergabe des Gestattungsvertrages, ohne dass die vorgelagerten Genehmigungsverfahren abgeschlossen wurden. Einige Demonstranten drückten dies so aus: *„Wir haben keine Rechte mehr. Wir sind bereits in der ÖKO-Diktatur angekommen.“*

Schon heute fordert die grün inspirierte Energiepolitik einen hohen Blutzoll: über 200.000 Vögel und weit mehr Fledermäuse werden an den 24.000 Windkraftanlagen in Deutschland getötet und ganze Populationen in ihrer Existenz bedroht.

Manchmal muss man sich die Aufmerksamkeit mit lautem Protest erzwingen. Die Interessen von Mensch und Natur müssen unbedingt gehört werden.

Der Verein Mensch Natur hat deshalb eine Online-Petition gestartet, die an den Petitionsausschuss des Landes Baden-Württemberg gerichtet ist.

- Für mehr Effektivität und Achtsamkeit beim Energieeinsatz und Energieverbrauch.
- Gegen die Industrialisierung der Lebens- und Naturräume von Mensch und Tier.
- Gegen den Ausverkauf unserer einmaligen Kulturlandschaft im Namen einer vermeintlichen Ökostromerzeugung.

Weitere aktuelle Informationen finden Sie auf der Homepage vom Verein Mensch Natur, www.mensch-natur-bw.de, auf der Homepage der Bürgerinitiative Stauerland, www.bi-stauerland.de, und der Bundesinitiative Vernunftkraft, www.vernunftkraft.de.

Robert Jachmann
Für den Verein Mensch Natur Gruppe Adelberg
www.mensch-natur-bw.de